



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE POLNISCH-AMERIKANISCHEN RAKETENABWEHRGESPRÄCHE

- ANALYSE  
Die polnisch-amerikanischen Raketenabwehrgespräche und deren politische Kosten für die Tusk-Regierung  
Von Daria W. Dylla, Köln 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN  
Meinungen zur Außenpolitik und zu anderen Nationen 7

---

- CHRONIK  
Vom 03. Juni bis zum 16. Juni 2008 12

*Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.*

**Analyse**

## Die polnisch-amerikanischen Raketenabwehrgespräche und deren politische Kosten für die Tusk-Regierung

Von Daria W. Dylla, Köln

### Zusammenfassung:

Das Ende der Gespräche über den Raketenabwehrschild zwischen Warschau und Washington ist noch immer nicht absehbar. Der Nachfolger von Regierungschef Jarosław Kaczyński setzt nicht nur auf die Verhandlungen über die Aufstellung der US-Abschussrampe auf polnischem Territorium, sondern beharrt auf zusätzlichen Sicherheitsgarantien seitens der USA und einer parallelen Modernisierungshilfe für die polnische Armee. Zudem bemüht sich die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk um die Verankerung der Abwehrschildfrage im internationalen Kontext sowie um die Verbesserung von Polens Image durch die Aufnahme von Konsultationen mit Russland in Sachen Raketenabwehr. All diese Maßnahmen lassen sich mit dem Wunsch der polnischen Regierung erklären, die politischen Kosten im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung möglichst gering zu halten.

Die polnisch-amerikanischen Verhandlungen über die Errichtung einer Raketenbasisanlage mit zehn *Ground Based Interceptor*-Abfangraketen auf polnischem Territorium – als Teil des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems *Ballistic Missile Defense* (BMD) – wurden im Mai 2007 aufgenommen. Während die Regierung von Jarosław Kaczyński den Verhandlungsabschluss noch für Ende 2007 geplant hatte und die internationale Presse ebenfalls von einer baldigen Zustimmung Warschaus zu dem Schutzprojekt ausging, lässt sich Mitte 2008 noch immer kaum einschätzen, wann und mit welchem Ergebnis die Verhandlungen abgeschlossen werden.

Diese Verunsicherung ist weniger auf das amerikanische Verhalten als vielmehr auf die polnische Strategie zurückzuführen, konkreter: auf einen veränderten Kurs in Sachen Raketenabwehr, der von der seit November 2007 amtierenden Regierung von Donald Tusk eingeschlagen wurde. Er kann mit den Worten des polnischen Verteidigungsministers Bogdan Klich von Anfang März 2008 illustriert werden: »Wir haben es nicht eilig und werden die Verhandlungen dann abschließen, wenn es seitens der USA eine für uns interessante Offerte gibt« (Bogdan Klich im Privatrado RMF FM, 5.3.2008). Dabei beharrt die Tusk-Regierung nicht nur auf den Forderungen nach Gegenleistungen seitens der USA, sondern setzte darüber hinaus auf die Multilateralisierung der Gespräche über den Raketenabwehrschirm mithilfe der Aufnahme von Konsultationen mit Russland sowie den EU- und NATO-Staaten.

Es stellt sich die Frage, warum das Kabinett von Tusk Kaczyńskis Verhandlungsstrategie nicht fortsetzte, die auf einen schnellen Abschluss abzielte, sondern den Entscheidungsprozess bewusst verlangsamt. Eine plau-

sible Antwort kann mit dem Hinweis auf die Reduktion von politischen Kosten für die polnische Regierung gegeben werden: Durch die Forderungen nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien, die rhetorische Skepsis gegenüber Amerika und die Einbeziehung der europäischen Partner sowie Russlands in die Raketenabwehrgespräche erhofft sich die Tusk-Regierung eine deutliche Verminderung sowohl der innen- als auch der außenpolitischen Kosten der eventuellen Errichtung der US-Abwehrkomponente.

### Die Reduktion von innenpolitischen Kosten

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre in den polnisch-amerikanischen Beziehungen, hierbei nicht zuletzt der Enttäuschung über den Abstieg Polens nach dem Irakkrieg 2003 in die zweite (bzw. nach der Meinung des ehemaligen US-Sicherheitsberaters und Politikwissenschaftlers Zbigniew Brzezinski sogar in die dritte) Liga der US-Verbündeten, weicht das positive Bild der USA in der polnischen Gesellschaft, das sich aus einer Verbindung von Dankbarkeit und Faszination speiste, zunehmend einer differenzierten Betrachtung. Der Blick auf Amerika wird in Polen immer weniger naiv und emotional, stattdessen zunehmend realistisch und ausbalanciert. Diese Veränderung findet nicht zuletzt in der mehrheitlichen Ablehnung der Errichtung der US-Raketenabwehrbasis durch die polnische Bevölkerung ihren Ausdruck. Außerdem wird an der Weichsel der Wunsch nach einer entschiedenen Vorgehensweise der polnischen Regierung gegenüber Amerika geäußert. So meinte im März 2008 eine überwältigende Mehrheit der Befragten (84 %), dass Polen den Vereinigten Staaten harte Bedingungen stellen sollte, wobei die Amerikapolitik der Tusk-Regierung mehr-

heitlich (64 %) immer noch als »zu mild« eingeschätzt wird (GfK Polonia v. 7.3.2008). Diese pragmatischere Einstellung muss als eine wesentliche Einschränkung des Handlungsspielraums für die polnischen Entscheidungsträger betrachtet werden.

In diesem Zusammenhang verwundert die kaum zu übersehende rhetorische Distanz der Politiker der regierenden *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) gegenüber Washington nicht sonderlich. In diesem Sinne sagte etwa der polnische Regierungschef Ende Februar 2008, dass er sich zwar im Klaren darüber sei, dass »eine Außenpolitik kein gewöhnlicher Handel ist«, doch er habe inzwischen gelernt, »dass sie vor allem Handel ist – nicht ausschließlich, aber hauptsächlich. [...] Wenn die Amerikaner unsere Hilfe nutzen wollen, dann wollen wir auch ihre Hilfe nutzen« (Donald Tusk im Polnischen Rundfunk, 25.2.2008). Außenminister Radosław Sikorski bejubelte nach dem Washington-Besuch von Tusk im März 2008 wiederum das »Novum in den polnisch-amerikanischen Beziehungen«. Dieses beruht seiner Meinung nach darauf, dass sich die Amerikaner diesmal die Mühe gegeben hätten, die polnische Haltung kennen zu lernen und in ihren Kalkulationen zu beachten. Die Tusk-Visite bezeichnete Sikorski als erstes Treffen eines polnischen Regierungschefs mit einem US-Präsidenten, das nicht an ein Gespräch zwischen einem Beschützer und einem Schützling, sondern an ein Gespräch zwischen zwei Verbündeten erinnerte habe. »Selbstverständlich sind wir ein Verbündeter, der über ein deutlich schwächeres Potenzial verfügt. Doch wir haben auch unsere Bedrohungsanalysen, unsere Interessen und Postulate [...], und diese müssen berücksichtigt werden« (Radosław Sikorski in einem Interview mit der Tageszeitung *Dziennik*, 12.3.2008).

Nicht nur mit rhetorischer Distanz gegenüber Amerika kamen die Entscheidungsträger in Warschau den Erwartungen der polnischen Gesellschaft entgegen, sondern primär, indem sie auf einer Gegenleistung der USA für die Beteiligung an dem amerikanischen Schutzschirm beharrten. Denn trotz der mehrheitlichen Ablehnung der US-Abwehrbasis durch die polnische Gesellschaft in einer Umfrage »dafür oder dagegen« steht zu erwarten, dass die endgültige Position der polnischen Bevölkerung gegenüber dem amerikanischen Abwehrschild letztendlich von dem Ergebnis der Verhandlungen, d. h. von der Höhe des polnischen Gewinns abhängen wird. Dies bestätigt u. a. das Plädoyer von 55 % der befragten Polen für die Fortsetzung der Gespräche mit den USA, nachdem der polnische Verteidigungsminister den USA seine Bedingungen vorgelegt hatte und der Außenminister in Washington die Bereitschaft der

USA zur Modernisierung der polnischen Armee verkündete (TNS OBOP für die Tageszeitung *Dziennik* v. 9.2.2008).

So ist es für die Regierung in Warschau einerseits aus Legitimationsgründen notwendig – mit Blick auf das seit dem Irakkrieg 2003 ungünstige Image »des trojanischen Pferdes« Amerikas zudem geboten und vor dem Hintergrund einer Wiederwahl äußerst relevant –, sich nicht nur von der bedingungslosen Unterstützung der USA zu Gunsten eines emanzipierten Vorgehens zu verabschieden, sondern der eigenen Bevölkerung zudem handfeste Vorteile aus der Teilnahme an dem US-Raketenabwehrsystem zu präsentieren.

Die Bedingungen, welche die Tusk-Regierung der US-Seite für den Bau der US-Abwehrbasis auf polnischem Boden nun offiziell mitteilen wollte, nannte Mitte Januar 2008 der polnische Verteidigungsminister in einem Zeitungsinterview. Demnach erwartet Warschau primär die Übergabe der mobilen Luftabwehrsysteme vom Typ Patriot 3 (*Patriot Advanced Capability-3*) oder THAAD (*Terminal High Altitude Area Defense*) zwecks Stärkung der polnischen Luftverteidigung durch die Amerikaner. Diese Erwartung begründete der polnische Verteidigungsminister erstens dadurch, dass es sehr schwer wäre, die polnische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, die Installation auf polnischem Terrain vorzunehmen, ohne zusätzlich die Verstärkung der Luftverteidigungsfähigkeit Polens zu unterstützen. Polen verfügt gegenwärtig über keine Instrumente zur effizienten Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen und diesbezügliche Investitionen sind für Polen nicht finanzierbar, betonte der Politiker. Zweitens wird die Notwendigkeit zur Modernisierung polnischer Streitkräfte mithilfe der USA dadurch begründet, dass die Lebensfähigkeit des Luftabwehrsystems, über welches Polen derzeit verfügt, bald am Ende ist, wohingegen das Land nach der Stationierung des US-Schildes einer stärkeren Bedrohung ausgesetzt sein würde, als dies heute der Fall ist. Denn anders als die Kaczyński-Regierung gehen die Politiker der *Bürgerplattform* von einer negativen Sicherheitsbilanz aus, sollte das amerikanische Raketenabwehrsystem ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien in Nordpolen stationiert werden. Dazu äußerte sich Ende Januar 2008 der ehemalige Verteidigungsminister Bronisław Komorowski: »Die Amerikaner wollen den Schild für sich, nicht für Polen, er ist notwendig für die Verteidigung des Territoriums der Vereinigten Staaten und eventuell Westeuropas, aber nicht Polens. Das System ist für die Verteidigung des polnischen Territoriums unbrauchbar« (Bronisław Komorowski im Polnischen Rundfunk, *Sygnaly Dnia* 25.1.2008).

Selbst wenn die internationale Presse inzwischen mehrfach eine Einigung zwischen Warschau und Washington verkündet hat, lautet das Dementi des polnischen Außenministeriums unverändert, dass die Verständigung zwischen der polnischen und der amerikanischen Seite sich auf die Regeln, die Polen aufstellte und welche die Amerikaner offensichtlich akzeptierten, und nicht auf den Verhandlungsabschluss bezieht. Die von Polen unlängst genannte Voraussetzung für einen Kompromiss lautet, dass die Verhandlungen über das Modernisierungspaket und die Errichtung der US-Abschussanlage parallel verlaufen und dass die Raketenabwehrbasis und die US-Militärhilfe in einem Paket beschlossen werden.

### **Die Reduktion von außenpolitischen Kosten**

Dem Ausbruch aus der kostspieligen internationalen Isolation sowie der Verbesserung des Images eines kompromisslosen Polens soll hingegen die Multilateralisierung der Gespräche über den amerikanischen Abwehrschild dienen, die seitens der Tusk-Regierung sowohl mit Russland als auch mit den EU- und NATO-Staaten angestrebt wird.

Zu dem ersten direkten Austausch Polens mit seinem östlichen Nachbarn über das amerikanische Schutzsystem kam es im Januar 2008. Da kaum jemand vermuten konnte, dass die Gespräche zwischen Radosław Sikorski und dem stellvertretenden russischen Außenminister Sergej Kisljak Einfluss auf die Haltung der beiden Seiten zu dem von Washington geplanten Ausbau des US-Abwehrsystems haben würden, war auch die Mitteilung des polnischen Außenministers über das Verbleiben »grundlegender Meinungsunterschiede« zwischen den beiden Ländern nicht besonders erstaunlich. Angesichts der jüngst zunehmend brisanten Drohungen Russlands gegenüber Polen, zahlreicher Interessendivergenzen zwischen den beiden Nachbarstaaten und der in den letzten Jahren praktisch eingestellten Kontakte auf der höchsten politischen Ebene konnte der erste Moskau-Besuch eines polnischen Regierungschefs seit mehr als sechs Jahren im Februar 2008 ebenfalls keine spektakulären Ergebnisse nach sich ziehen. Denn es steht kaum zu erwarten, dass die polnische Regierung sich erhofft hat, Russland zur Änderung seiner Stellungnahme zum US-Raketenabwehrschild zu bewegen bzw. die Akzeptanz Moskaus zu dem Amber-Projekt als Alternativvorschlag zu der Ostsee-Pipeline zu gewinnen. Vielmehr ist anzunehmen, dass es Tusk bei der Kurskorrektur der polnischen Russlandpolitik darum geht, das Vertrauen der europäischen Partner in eine rationale, durch die polnische Übersensibilisierung gegenüber Russland unverzerrte

Ostpolitik Polens zu gewinnen. Eine Erklärung für die Bereitschaft Polens, den russischen Nachbarn in Sachen Raketenabwehr nicht nur zu informieren, sondern gar zu konsultieren, könnte somit mit dem Wunsch der Tusk-Regierung verbunden werden, durch die Erwärmung der Beziehungen mit Moskau das schlechte Image eines russophoben Landes zu verbessern und hierdurch den regionalen Einfluss zu erhöhen, was nicht zuletzt einen Zustimmungszuwachs in der polnischen Bevölkerung nach sich ziehen könnte. Diese Argumentationslinie lässt sich wie folgt begründen:

Erstens würde das Tusk-Kabinett sein außenpolitisches Ziel, eine herausragende Position Polens in der EU zu erreichen, nur schwer realisieren können, wenn Polen weiterhin eine konfliktgeladene Beziehung zu demjenigen Staat pflegen würde, der in vielen westeuropäischen Hauptstädten als relevanter Partner angesehen wird. Zweitens würden die polnischen Vorschläge im Hinblick auf die für Polen besonders wichtigen EU-Handlungsfelder, wie die Gestaltung der Europäischen Nachbarschaftspolitik bzw. einer europäischen Energiepolitik, erst dann ernst genommen werden, wenn dem Land keine Übersensibilität gegenüber Russland mehr attestiert werden könnte. Eine gestärkte Position Warschaws in der EU würde drittens das Gewicht Polens in den Augen der Vereinigten Staaten erhöhen, denn Polen ist für Washington umso wichtiger, je einflussreicher es in der EU ist. Die polnischen Einflussmöglichkeiten auf EU-Fragen werden in Amerika umso interessierter beobachtet, je stärker Warschau eine positive Stimmung gegenüber der US-Präsenz auf dem europäischen Kontinent innerhalb der EU verbreiten kann, das pro-atlantische Lager also stärken und eine allzu emanzipierte Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verhindern könnte. Ein schwaches Polen kann diese Funktionen nicht erfüllen und ist hierdurch automatisch von geringerer Relevanz für seinen amerikanischen Verbündeten. Im Interesse der USA liegt außerdem die Aufrechterhaltung der polnischen Vorbildfunktion für die postsowjetischen Staaten, die Polen – aufgrund des gelungenen Transformationsprozesses von einem kommunistischen Staat hin zu einer Demokratie sowie aufgrund der erfolgreichen Eingliederung in die westeuropäischen und atlantischen Strukturen – genießt. Doch unter der Kaczyński-Regierung schien die polnische »Anziehungskraft« etwa für die Ukraine, Belarus oder Georgien geringer geworden zu sein – als ein Land, das sowohl im Osten als auch im Westen primär Feinde sah, der EU (vor kurzem auch der NATO) skeptisch gegenüber stand, weder die pro-westliche Orientierung der östlichen Nachbarn stärkte

noch dort als Anwalt ihrer Interessen betrachtet werden konnte. Der Verlust an *soft power* und damit an Einfluss auf die pro-atlantische Haltung der osteuropäischen bzw. kaukasischen Staaten gleicht somit dem Bedeutungsverlust Polens für die USA. Viertens ist kaum vorstellbar, dass ohne eine Normalisierung der Beziehungen mit der Großmacht Russland, ohne verstärkte Position in der EU und ohne ausreichende *soft power* Polen in Zukunft die Rolle einer regionalen Führungsmacht einnehmen könnte. Zudem wird es Moskau selbst schwerer fallen als unter der Kaczyński-Führung, den »normalen« EU-Staat Polen zu ignorieren.

Wie problematisch sich die polnisch-russischen Raketenabwehrgespräche gestalten, zeigt nicht zuletzt die neueste Auseinandersetzung um den russischen Vorschlag, dauerhafte Inspektionen von russischen Offizieren in der US-Militäranlage in Polen durchzuführen. Dies lehnt die polnische Seite erwartungsgemäß als inakzeptabel ab. So meinte Verteidigungsminister Klich, dass Polen nicht deshalb 1993 die russischen Soldaten verabschiedet hat, um sie jetzt wieder dauerhaft in den US-Installationen auf polnischem Territorium zu begrüßen (Bogdan Klich im Privatsender Radio ZET, 9.4.2008). In einem Interview mit *Dziennik* vom 25.3.2008 sagte Klich, dass die geplante US-Militäranlage auf polnischem Boden kein extraterritoriales Objekt sein werde, weshalb es schwer vorstellbar sei, dass Warschau jemanden ununterbrochen als Gast aufnehmen werde, der *de facto* eine Aufklärungsfunktion ausübe. Vielmehr könne sich Polen auf temporäre Kontrollinspektionen einlassen, dies aber nur dann, wenn Russland im Gegenzug polnische Beobachter zulassen würde. In diesem Zusammenhang wäre für Polen vor allem die Kontrolle russischer Luftverteidigungsobjekte von Interesse, um in Erfahrung zu bringen, wie ein zu dem amerikanischen Abwehrprojekt analogisches System in Russland funktioniert, so der Verteidigungsminister. Ob der Kreml mit stichprobenartigen Inspektionen der US-Raketenanlage in Nordpolen einverstanden sein wird bzw. ob Warschau in einem solchen Fall auf die Reziprozität verzichten wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

Neben der Aufnahme der Konsultationen über die Raketenabwehrfrage mit Russland strebt die Regierung Tusk danach, diesen Aspekt im EU- und insbesondere im NATO-Kontext zu verankern. Aus dieser Sicht sollte auch die Aussage des Außenministers Sikorski nach seinem Amerikabesuch im Februar 2008 gedeutet werden, dass es nicht unbedingt das Luftwaffensystem Patriot 3 sein müsse, das Polen von den USA im Gegenzug zur Beteiligung an dem amerikanischen

Abwehrprojekt erwarde. Vielmehr gehe es darum, dass dieses System mobil sein solle, um sowohl den polnischen Boden schützen zu können als auch der polnischen Armee die Durchführung von Operationen im Rahmen der Auslandsmissionen bzw. Bündnisoperationen auf dem NATO-Territorium wie außerhalb zu ermöglichen. Wird die Argumentationslinie der polnischen Regierung über einen längeren Zeitraum verfolgt, dann erkennt man darin eine Akzentverschiebung hinsichtlich der Funktion, welche die ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen in Polen ausüben sollen. Denn zuvor begründeten die Entscheidungsträger in Warschau die Modernisierungsnotwendigkeit polnischer Luftabwehr mit dem Schutz des Territoriums vor Angriffen, die sich aus dem zunehmenden Risiko durch die Stationierung des amerikanischen Stützpunktes ergeben würde. Nun sollte das moderne Luftabwehrsystem der Verbesserung der Militärfähigkeiten des mitteleuropäischen Staates dienen, und zwar mit einem expliziten Verweis auf die dann wachsenden Kapazitäten zur effektiven Durchführung von Bündnisoperationen.

Eine Erklärungsmöglichkeit für diesen argumentativen Wandel könnte sein, dass zwischen Warschau und Washington die Option im Gespräch ist, der internationalen Öffentlichkeit die an Polen übertragenen Waffen als Komponente des geplanten NATO-Raketenabwehrsystems – des *Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence* (ALTBMDB) – vermitteln zu wollen. Dies wäre nämlich für beide Verhandlungspartner von Vorteil. Der Nutzen aus einer solchen »NATO-Verpackung« der Abschussbatterien könnte zum einen in einer erhöhten Akzeptanz dieses polnisch-amerikanischen Deals durch die Allianzstaaten betrachtet werden. Denn sollten die Waffen als nationaler Beitrag Polens zur Raketenabwehr des gesamten Bündnisses verstanden werden, dann müsste die Aufrüstung des polnischen Verbündeten von anderen NATO-Staaten letztendlich als Vorteil interpretiert werden. Die Aufstellung einer Abwehrinstallation an der Weichsel unter der Flagge des Nordatlantikpaktes würde der Bush-Administration möglicherweise zum anderen zusätzliche Argumente in die Hand geben, um deren Finanzierung vor dem US-Kongress zu begründen. Denn erstens lässt sich in diesem Zusammenhang mit der Zweckmäßigkeit einer gleichmäßigen Verteilung der ALTBMDB-Systemteile auf dem Allianzterritorium und zweitens mit der Lage Polens als Grenzstaat des Bündnisses argumentieren.

Zu einer deutlichen Verminderung der politischen Kosten einer eventuellen Entscheidung Polens zugun-

ten der Errichtung der US-Abschussrampe trug schließlich die gemeinsame Abschlusserklärung der NATO-Staaten im April 2008 in Bukarest bei, in der die Allianzmitglieder den US-Raketenabwehrschild als Beitrag zur Verteidigung der Bündnisstaaten vor Langstreckenraketen gewürdigt sowie ihren Willen verkündet haben, das amerikanische Projekt eng mit dem geplanten NATO-Abwehrsystem zu verzahnen. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Entscheidung Polens für die Stationierung der US-Anlage nicht mehr als zugunsten Amerikas und gegen Europa bzw. gegen den Willen seiner westeuropäischen Verbündeten gerichtet interpretiert werden wird.

### Fazit

Insgesamt betrachtet ist die sichtbare Abkehr der Amerikapolitik der Tusk-Regierung von der des Kaczyński-Kabinetts mit der Absicht der heutigen Regierung Polens zu erklären, sowohl die innen- als auch die außenpo-

litischen Kosten einer Entscheidung für die Beteiligung an dem US-Raketenabwehrprojekt vermindern zu wollen.

Würden die polnischen Postulate in Washington auf Akzeptanz stoßen, so dass sich das Verhandlungsergebnis der polnischen Öffentlichkeit als für das Land günstig verkaufen ließe, dann könnte Donald Tusk von einem Erfolg sprechen. Sollte den Verhandlungen jedoch aufgrund der Unflexibilität der polnischen Verhandlungsträger das Scheitern drohen, dann muss Warschau – bevor eine irreversible Entscheidung getroffen wird – neben den kurz angerissenen innen- und außenpolitischen Kosten auch die sicherheitspolitischen Kosten aus einem Gesprächsfiasko in Betracht ziehen. Denn der polnische Verzicht auf die amerikanische Offerte könnte gravierende Folgen nicht zuletzt für das transatlantische Verhältnis nach sich ziehen, dem durch die Ablehnung des US-Schutzangebots die letzte Existenzgrundlage entzogen würde (ausführlicher hierzu s. Dylla 2008).

### Über die Autorin:

Daria W. Dylla, Dr. rer. pol., ist Politologin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Außenpolitikanalyse, der Rational-Choice-Ansatz sowie die polnische und deutsche Außenpolitik. Die neuesten Veröffentlichungen sind: »Eine ökonomische Analyse der Mediendemokratie. Der Rational-Choice-Ansatz und die Stimmenmaximierung«, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008; »Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik« (hrsg. mit Thomas Jäger), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.

### Zitierte Quellen:

Daria W. Dylla: Die polnische Raketenabwehrentscheidung: zwischen innenpolitischen Restriktionen und ordnungspolitischen Konsequenzen, in: Europäische Sicherheit 6/2008.

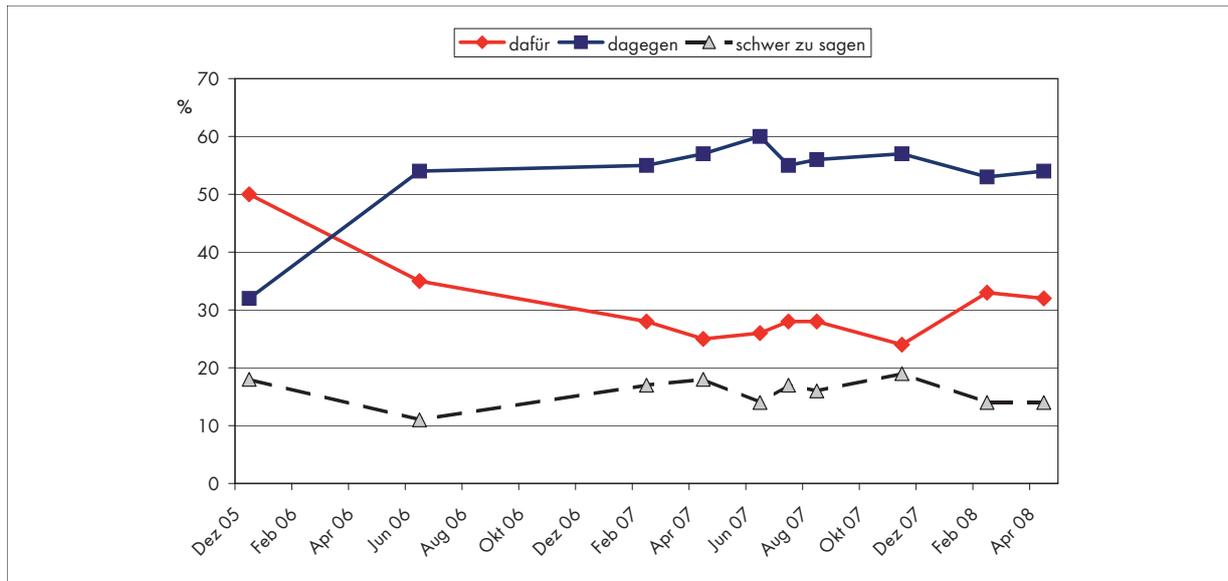
### Weiterführende Literatur:

- Maria Wągrowka: Polska za amerykańską tarczą?, in: Raporty i Analizy des Zentrums für Internationale Beziehungen [Centrum Stosunków Międzynarodowych], Warschau, 2/2006, [http://www.csm.org.pl/images/rte/File/Raporty%20i%20publikacje/Raporty%20i%20analizy/2006/rap\\_i\\_an\\_0206.pdf](http://www.csm.org.pl/images/rte/File/Raporty%20i%20publikacje/Raporty%20i%20analizy/2006/rap_i_an_0206.pdf).
- Gerhard Mangott: US-Raketenabwehr und Russland, in: Welt Trends 56/2007, 125–139.
- Stephan Frühling/Svenja Sinjen: Raketenabwehr, NATO und die Verteidigung Europas, in: Analysen und Argumente, Nr. 40, Sankt Augustin, 30. März 2007, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_10599-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_10599-544-1-30.pdf).
- Daria W. Dylla: Mehr USA = mehr Sicherheit? Eine Prämisse polnischer Außenpolitik auf dem Prüfstand, in: Osteuropa, 1/2008, 63–75.
- Thomas Jäger/Daria W. Dylla: »Ballistic Missile Defense und polnische Sicherheitsinteressen. Eine Analyse der Diskussion über die Stationierung der US-Raketenbasis auf polnischem Territorium«, in: Jäger, Thomas/Dylla, Daria W. (Hg.): Deutschland und Polen in der europäischen und internationalen Politik, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 289–323.

**Tabellen und Grafiken**

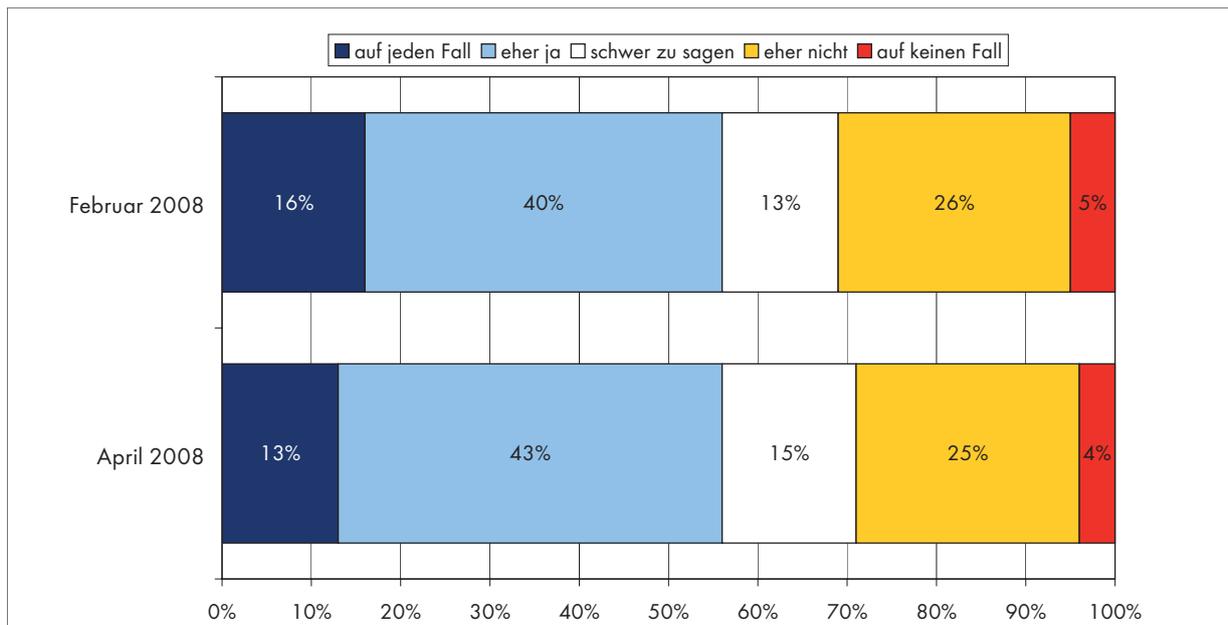
**Meinungen zur Außenpolitik und anderen Nationen**

Sind Sie für oder gegen den Bau der Abschussrampe des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen? (%)



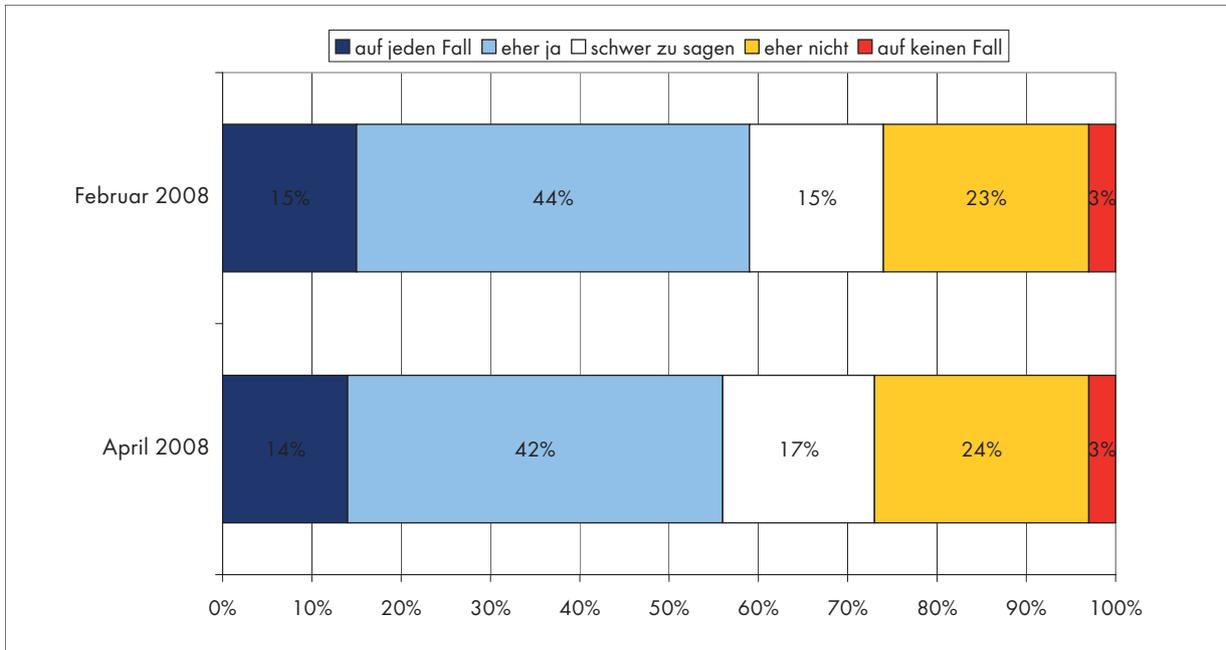
Quelle: CBOS BS/69/2008: *Opinia społeczna o tarczy antyrakietowej w Polsce.* [Die öffentliche Meinung zum Raketenabwehrschild in Polen.], Warszawa 05/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Wird die Errichtung von Elementen des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen die Bedrohung terroristischer Anschläge in Polen durch islamistische Fundamentalisten erhöhen? (%)



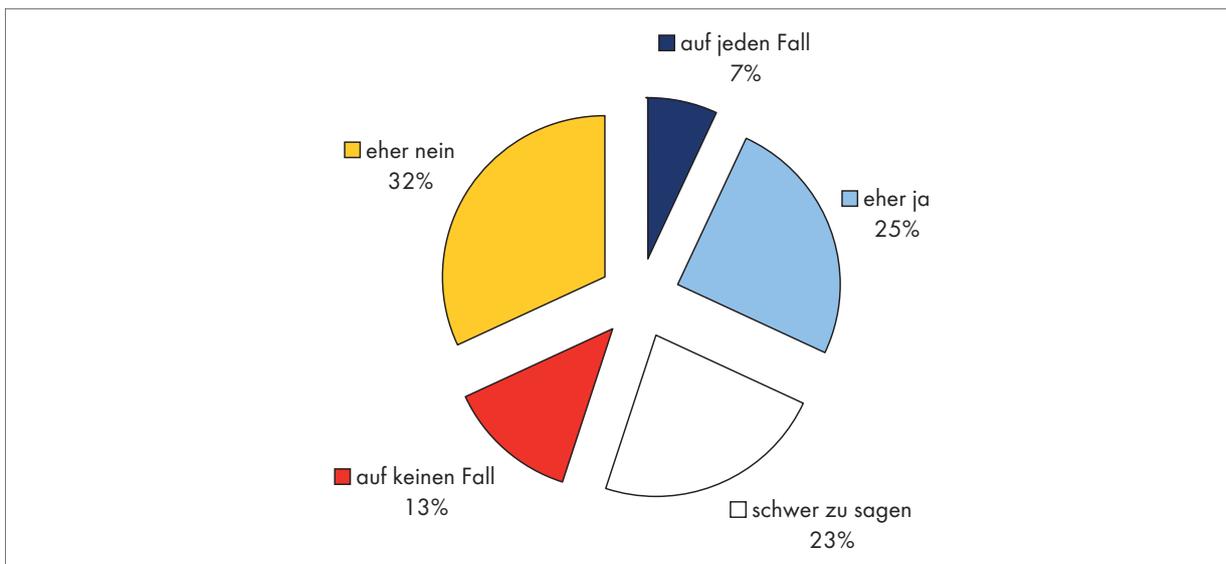
Quelle: CBOS BS/69/2008: *Opinia społeczna o tarczy antyrakietowej w Polsce.* [Die öffentliche Meinung zum Raketenabwehrschild in Polen.], Warszawa 05/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Kann die Errichtung von Elementen des amerikanischen Raketenabwehrschields in Polen eine Bedrohung durch Luft- / Raketenangriffe seitens anderer Länder (z.B. Russland) auf Polen bedeuten?



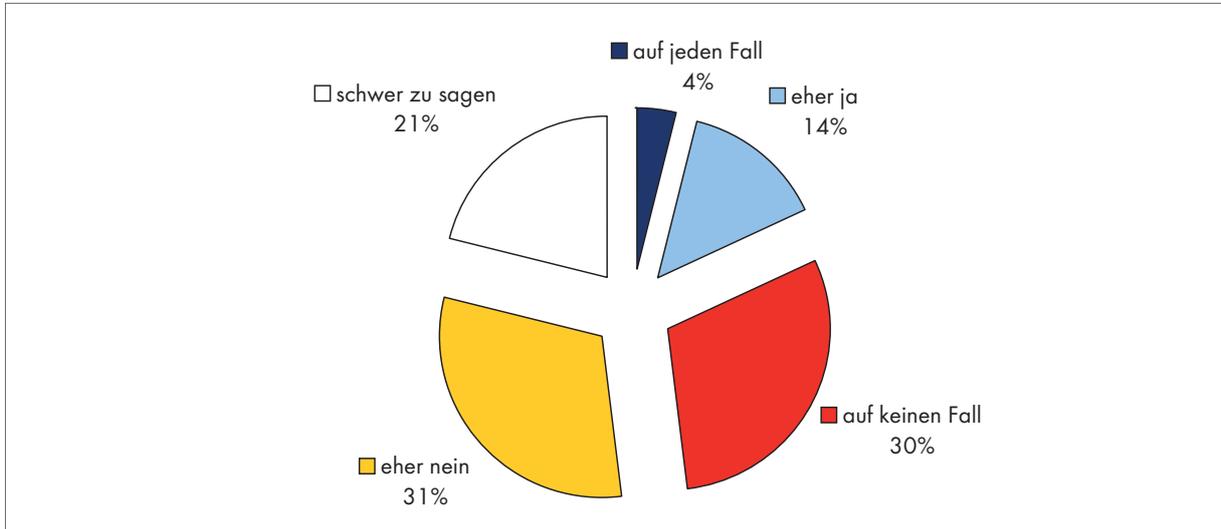
Quelle: CBOS BS/69/2008: *Opinia społeczna o tarczy antyrakietowej w Polsce. [Die öffentliche Meinung zum Raketenabwehrschild in Polen.]*, Warszawa 05/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Ist Russlands ablehnende Haltung gegenüber der Errichtung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen begründet?



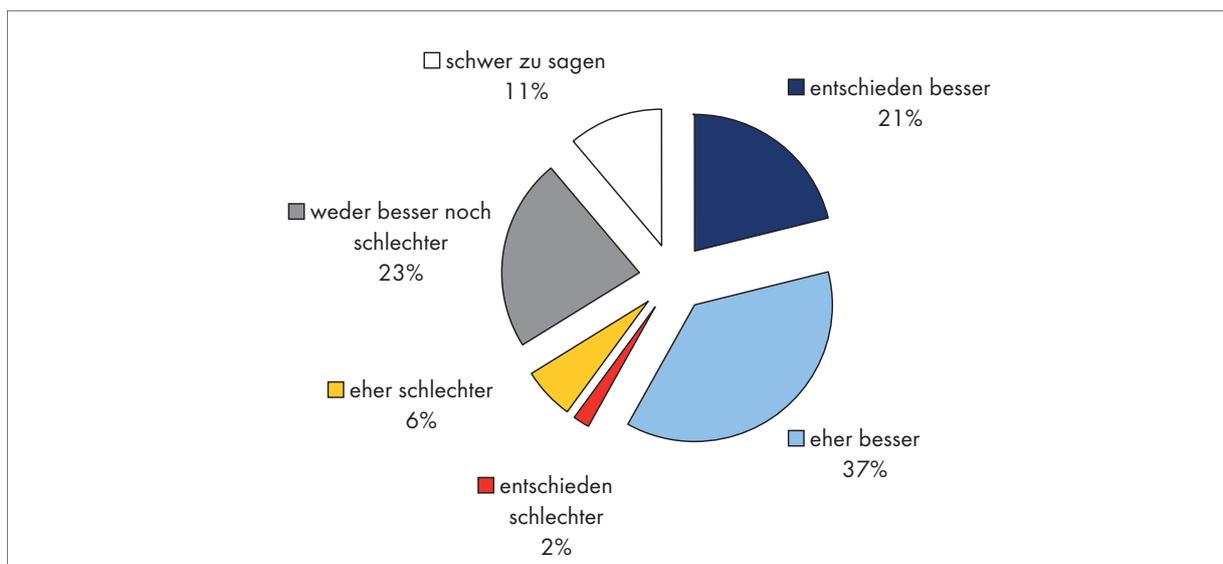
Quelle: CBOS BS/69/2008: *Opinia społeczna o tarczy antyrakietowej w Polsce. [Die öffentliche Meinung zum Raketenabwehrschild in Polen.]*, Warszawa 05/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Sollte Russland im Falle der Errichtung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen die Möglichkeit der Inspektion haben?



Quelle: CBOS BS/69/2008: *Opinia społeczna o tarczy antyrakietowej w Polsce. [Die öffentliche Meinung zum Raketenabwehrschild in Polen.]*, Warszawa 05/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Wie beurteilen Sie die Außenpolitik der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk im Vergleich zur Vorgängerregierung?



Quelle: CBOS BS/55/2008: *Oceny polityki zagranicznej rządu Donalda Tuska. [Die Beurteilung der Außenpolitik der Regierung von Donald Tusk.]*, Warszawa 04/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Beurteilung der Außenpolitik unter den Regierungen... (%)**

	01/98	10/98	02/99	09/99	02/00	12/00	01/01	07/01	05/02	02/03	03/04	10/05	02/07	09/07
	Jerzy Buzek								Leszek Miller			Ma- rek Belka	Jarosław Kaczyński	
gut	35	47	45	44	38	34	41	31	37	34	21	23	16	21
ausrei- chend	25	23	27	27	35	35	32	37	32	33	39	38	32	29
unge- nügend	7	7	10	13	14	14	11	17	12	14	21	15	35	38
schwer zu sagen	33	23	17	16	13	17	15	15	19	19	19	23	17	13

Quelle: CBOS BS/55/2008: Oceny polityki zagranicznej rządu Donalda Tuska. [Die Beurteilung der Außenpolitik der Regierung von Donald Tusk.], Warszawa 04/2008, www.cbos.pl

**Die Außenpolitik der Regierung von Donald Tusk im Vergleich zur Vorgängerregierung (%)**

	Verhältnis zur Regierung			
	Anhänger	Gegner	gleichgültig	schwer zu sagen
besser	80	22	42	29
weder besser noch schlechter	14	38	34	22
schlechter	1	32	5	8
schwer zu sagen	5	8	19	41

Quelle: CBOS BS/55/2008: Oceny polityki zagranicznej rządu Donalda Tuska. [Die Beurteilung der Außenpolitik der Regierung von Donald Tusk.], Warszawa 04/2008, www.cbos.pl

**Trägt die Politik der Regierung Tusk zur Verbesserung oder Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen bei? (%)**

	Verbesserung	weder Verschlechterung noch Verbesserung	Verschlechterung	schwer zu sagen
mit Russland	61	19	7	13
mit Deutschland	56	23	5	16
mit der Ukraine	52	24	6	19
mit den Vereinigten Staaten	49	26	6	19

Quelle: CBOS BS/55/2008: Oceny polityki zagranicznej rządu Donalda Tuska. [Die Beurteilung der Außenpolitik der Regierung von Donald Tusk.], Warszawa 04/2008, www.cbos.pl

## Veränderungen der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen (%)

Nation	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Amerikaner	62	58	63	59	64	61	54	50	58	56	45	46	49	44
Araber	-	-	-	-	-	-	-	-	16	13	11	8	9	12
Engländer	47	41	51	51	55	50	45	44	51	49	46	50	50	53
Armenier	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20
Belgier	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33	39	40
Bulgaren	19	16	23	23	23	20	20	25	26	24	22	19	24	29
Chinesen	-	-	-	-	-	21	19	22	26	22	20	16	18	22
Dänen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35	32	40	41
Deutsche	23	26	35	43	38	32	31	32	38	36	33	34	33	30
Esten	-	-	-	-	-	-	-	24	31	28	26	21	28	30
Finnen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32	30	35	37
Franzosen	61	51	67	62	60	58	53	55	51	48	45	43	48	52
Georgier	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
Griechen	-	-	-	-	-	-	-	43	44	45	44	41	47	49
Holländer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42	42	48	48
Italiener	63	54	66	62	63	55	53	54	54	53	50	52	52	51
Iren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39	43	49	54
Japaner	-	-	43	48	43	35	33	33	39	36	32	31	30	34
Juden	15	17	25	26	28	19	19	19	23	21	18	20	20	23
Letten	-	-	-	-	-	-	-	26	29	29	29	25	29	30
Litauer	24	22	35	36	36	29	30	36	38	36	38	32	36	38
Österreicher	41	37	48	49	47	43	40	37	40	36	31	30	36	36
Roma	-	6	10	12	10	10	13	17	15	16	15	13	14	14
Russen	17	16	17	21	20	19	17	23	24	22	18	16	22	24
Rumänen	9	8	11	12	11	10	13	15	15	15	14	12	16	16
Schweden	44	40	53	52	49	43	41	44	46	48	42	39	43	44
Serben	10	12	14	15	16	13	14	17	18	17	15	12	18	19
Slowaken	33	32	44	38	39	36	34	42	42	43	41	36	44	48
Slowenen	-	-	-	-	-	-	-	32	34	34	30	26	35	37
Spanier	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47	47	53	49
Tschechen	38	30	43	44	45	41	44	47	50	50	49	46	52	53
Türken	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	17	18
Ukrainer	12	9	14	16	15	13	16	19	22	19	29	23	24	25
Ungarn	47	41	56	48	47	44	44	47	48	45	43	39	45	45
Vietnamesen	-	-	-	-	-	20	21	23	24	19	17	15	18	18
Weißrussen	19	17	18	21	22	19	18	26	26	22	21	18	23	27

Quelle: CBOS BS/144/2007: *Sympatia i niechęć do innych narodów. [Sympathie und Antipathie gegenüber anderen Nationen.]*, Warszawa 09/2007, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Chronik**
**Vom 03. Juni bis zum 16. Juni 2008**

03.06.2008	Vertreter des Rates der Ostseerainerstaaten, darunter der polnische Ministerpräsident Donald Tusk, treffen sich in Riga zu einem Gipfel, der u.a. die Energiesicherheit thematisiert. Nach Tusk vertritt Polen die Auffassung, dass es in ökonomischer Hinsicht billiger sei, statt der geplanten Ostseegaspipeline den Gastransit auf dem Landweg aus Russland in Betracht zu ziehen. Allerdings könne Polen in dieser Frage keine ausschlaggebende Entscheidung treffen. Polen könne die Investition insofern nicht blockieren, als die geplante Pipeline die polnische Handelszone im Gebiet der Ostsee umgehen soll.
03.06.2008	Die Regierung nimmt den Gesetzesentwurf zur Reform der Staatsanwaltschaft an. Ziel ist, die politische Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft zu garantieren. U.a. sieht der Entwurf vor, dass der Generalstaatsanwalt kein Politiker sein darf und er seinen Untergebenen gegenüber nicht weisungsbefugt in Prozessverfahren ist.
05.06.2008	Nach der jährlich von der Firma Ernst&Young durchgeführten Managerumfrage steht Polen auf Platz 1 der Liste der attraktivsten Investitionsstandorte in Europa.
06.06.2008	Auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit dem slowakischen Staatspräsidenten Ivan Gašparovič spricht sich Staatspräsident Lech Kaczyński für eine verstärkte polnisch-slowakische Zusammenarbeit in der NATO und der Europäischen Union, insbesondere im Bereich Energiesicherheit und Diversifizierung der Energiequellen, aus. Darüber hinaus sei auch die Zusammenarbeit in der Visegrád-Gruppe thematisiert worden. Gašparovič unterstreicht die Bedeutung dieses Forums, doch sollten seine Mitglieder (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) einander mit größerem Verständnis begegnen. Des Weiteren kündigt Gašparovič die Unterstützung des polnisch-schwedischen Konzepts der »östlichen Partnerschaft« der EU an. Dieses lehnt sich an die bestehende »Europäische Nachbarschaftspolitik« an und postuliert die Gründung eines Forums für regionale Zusammenarbeit der 27 EU-Mitgliedsländer mit fünf östlichen Nachbarstaaten (Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan und Armenien). Das Konzept hatten der polnische und der schwedische Außenminister Ende Mai auf der Sitzung der EU-Außenminister in Luxemburg vorgestellt.
07.06.2008	Auf der Versammlung des Politischen Rats von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) kritisiert der Parteivorsitzende von PiS, Jarosław Kaczyński, die Regierungspolitik, die sich durch Hilflosigkeit u.a. im Bereich der Gesundheitspolitik, der Verbesserung der Infrastruktur und der Reform der öffentlichen Finanzen auszeichne. Die Außenpolitik und Rechtspolitik sei von Klientelismus bestimmt. Darüber hinaus verurteilt Kaczyński das Regierungsprojekt, im Rahmen der Regionalpolitik in bestimmten polnischen Metropolen europäische und andere Finanzmittel zu konzentrieren, um so einen Lokomotiveneffekt für die betreffende Region in Gang zu setzen, als ein Konzept, das das Gefühl der nationalen Kohäsion zerstören und zu Strukturen, wie sie in der Dritten Welt herrschen, führen werde.
08.06.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich kündigt an, dass die polnischen Soldaten, die im Irak stationiert sind, bis Mitte Oktober abgezogen sein sollen. Bereits Ende Juni werde die Verantwortung für die Provinz, die derzeit unter polnischer militärischer Aufsicht steht, dem Irak übergeben.
09.06.2008	Der ehemalige Staatspräsident Lech Wałęsa fordert in einem Brief an Staatspräsident Lech Kaczyński eine Entschuldigung für dessen Aussage, dass Wałęsa in den 1970er Jahren mit den Geheimdiensten der Volkrepublik Polen zusammengearbeitet habe. Andernfalls werde er alles tun, um Kaczyńskis Rücktritt zu erreichen. Wałęsa war bereits im Jahr 2000 in einem Verfahren von dem Vorwurf freigesprochen und 2004 als Verfolgter des kommunistischen Systems anerkannt worden. Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzung ist ein in Kürze erscheinendes Buch zweier Historiker des Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), das diese Zusammenarbeit beweisen soll. Kaczyński hatte geäußert, dass er bestimmte Wahrheiten des Buches über Wałęsa auch ohne dessen Lektüre kenne. Die von Wałęsa angeregte Pressekonferenz des IPN zum Erscheinen des Buches, auf der er Stellung zu nehmen forderte, war vom IPN abgelehnt worden.
10.06.2008	Die Regierung beschließt die makroökonomischen Richtdaten für das Haushaltsbudget 2009. Nach Prognosen des Finanzministeriums werden die Ausgaben 328,2 Mrd. PLN, die Einnahmen 310 Mrd. PLN betragen. Damit wird das Defizit für 2009 niedriger veranschlagt als das diesjährige, das im Haushaltsgesetz mit 27,1 Mrd. PLN veranschlagt wird.
11.06.2008	Vertreter des polnischen Kohlekonzerns Kompania Węgłowa und des deutschen Energiekonzerns RWE bestätigen die Kooperation beim Bau eines Kohlekraftwerks mit einer Kapazität von 800 MW in Schlesien. Vorläufig wird festgelegt, dass RWE 75 % der Anteile an dem Joint-Venture-Unternehmen besitzen wird. Die Fertigstellung wird frühestens für 2015 geplant.

12.06.2008	Nach Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) umfasste der Export polnischer Unternehmer von Januar bis April 2008 fast 37,8 Mrd. Euro, d.h. fast 20 % mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.
13.06.2008	Im Sejm wird der Antrag auf ein Misstrauensvotum von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) gegen Finanzminister Jacek Rostowski abgelehnt. Auslöser des Antrags von PiS war ihre Forderung an die Regierung, die Verbrauchssteuer für Benzin zu senken. In der den Antrag begleitenden Sejm-Debatte kritisiert PiS die Wirtschaftspolitik der Regierung als unkonkret.
13.06.2008	In Warschau trifft sich die polnisch-russische Kommission für schwierige Angelegenheiten in den bilateralen Beziehungen, die von der Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk reaktiviert wurde. Ihr gehören Historiker, andere Wissenschaftler und gesellschaftliche Aktivisten an, die in beiden Ländern als Autoritäten anerkannt sind. U. a. wird das Thema Katyń angesprochen, das der Vorsitzende der russischen Seite, Anatolij Torkunow, eindeutig als Verbrechen bezeichnet.
14.06.2008	Auf der Konventssitzung der Polnischen Sozialdemokratie (Sojaldemokracja Polska – SdPl) teilt der stellvertretende Vorsitzende, Bartosz Dominiak, mit, die Partei wolle ihre Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei (Partia Demokratyczna – PD) intensivieren. Der derzeitige Parteichef, Marek Borowski, wird zum 1. August seinen Posten zugunsten des Vorsitzes des Politischen Rats der SdPl aufgeben; die Wahl des neuen Parteivorsitzenden ist für Ende September/Anfang Oktober geplant.
15.06.2008	Der Vorstandsvorsitzende der Koalitionspartei Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und stellvertretende Sejm marschall, Jarosław Kalinowski, kündigt an, dass das Metropolen-Projekt, das das Innenministerium im Rahmen der Verwaltungsreform vorbereitet, keine Unterstützung seitens der PSL finden werde. Das Projekt sieht die Festlegung von zwölf Metropolen vor, in die vorrangig öffentliche Gelder, darunter auch Finanzmittel der Europäischen Union, fließen sollen, wovon einen Lokomotiveffekt für die betreffende Region erwartet wird.
16.06.2008	Bei einem Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Donald Tusk in Danzig wird u. a. das von der Bundesregierung unterstützte polnisch-schwedische Konzept der »östlichen Partnerschaft« der EU thematisiert, das beim nächsten EU-Gipfel in Brüssel vorgestellt werden soll. Darüber hinaus sprechen sich beide mit Blick auf die Ablehnung des EU-Vertrags von Lissabon durch Irland gegen eine EU der »zwei Geschwindigkeiten« aus.
16.06.2008	Ministerpräsident Donald Tusk teilt mit, dass die Visegrád-Staaten (neben Polen die Slowakei, Tschechien und Ungarn) das polnisch-schwedische außenpolitische Konzept der »östlichen Partnerschaft« der Europäischen Union unterstützen. Ende der Woche soll es auf der Sitzung des Europäischen Rats in Brüssel diskutiert werden.

## Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)  
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer verglichenen Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)